



Barrierefreie Gestaltung der BVG-Bushaltestellen – Behördenversagen auf der ganzen Linie

Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg hat mit dem Mitglied des Abgeordnetenhauses Orkan Özdemir kooperiert und daraus ist eine Schriftliche Anfrage zum Thema

Senior*innen und Menschen mit Behinderung weiter abgehängt? Wie steht es um den Ausbau barrierefreier Bushaltestellen in Berlin? ([Drucksache 19/22895](#))

entstanden. Die Beantwortung liegt nun vor.

Hintergrund ist die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland geltendes Recht ist. Sie verpflichtet Bundes-, Landes- und kommunale Institutionen, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Teilhaberechte der Menschen mit Behinderung umgesetzt werden. Im Personenbeförderungsgesetz wurde im Zuge der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention festgelegt, dass bis zum 1. Januar 2022 die "vollständige Barrierefreiheit" erreicht werden soll. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie im Nahverkehrsplan "konkret benannt und begründet" werden.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg sind zwei Drittel aller Behinderten über 65 Jahre alt und zugleich hat ein Drittel aller älteren Menschen einen offiziell anerkannten Behindertengrad. Wegen der besonderen Betroffenheit der älteren Menschen, sind ihre Mobilitätsansprüche Gegenstand der Seniorenpolitischen Leitlinien und der Maßnahmenkataloge (08/2021 und [08/2024](#)). Im Maßnahmenkatalog von 2021 wurde der barrierefreie Ausbau von jährlich 200 Bushaltestellen der BVG angekündigt. Nachdem das Programm nicht recht vom Fleck gekommen ist, wurde die jährliche Anzahl der zu errichtenden barrierefreien Bushaltestellen in der Neufassung 2024 auf 100 reduziert.

Die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Özdemir thematisiert den Umfang der Umsetzung dieses Programms.

Die von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt vorgelegte Beantwortung ist aus Sicht der Seniorenvertretung niederschmetternd.

Berlinüblich verweist die Senatsverwaltung erst einmal auf die Bezirke, die kommunalen Baulastträger, wie es im Behördendeutsch heißt. Vorsorglich weist die Senatsverwaltung darauf hin, dass die Bezirke die Aufgabe eigentlich aus ihren normalen Haushalte (den Globalzuweisungen) zu schultern hätten. Da aber im Prinzip dennoch allen Beteiligten klar ist, dass die Bezirke diese Aufgabe im geforderten Umfang aus eigenen Mitteln nicht leisten können, wurde vor einigen Jahren das BVG-Sonderprogramm versprochen, das zunächst den barrierefreien Umbau von jährlich 200 Bushaltestellen vorgesehen hatte. Weil wenig passiert ist, hat man die Zahl einfach mal auf 100 halbiert. Bei über 6.500 Bushaltestellen in Berlin, von denen etwa 600 barrierefrei sind, bräuchte es 60 Jahre bis das Ziel Barrierefreiheit im Nahverkehr erreicht ist.

Doch nicht einmal das wird umgesetzt. Die Senatsverwaltung stellt zwar fest, sie habe ein Sonderprogramm. "Dieses sieht vor, dass die BVG als Dienstleister an die Bezirke herantritt und den barrierefreien Ausbau aus Sicht der SenMVKU besonders relevanten Haltestellen realisiert. Da für dieses Sonderprogramm bisher keine Mittel bereitstanden und diese mithin auch nicht abgerufen konnten", habe man bisher jedoch nichts gemacht. Wir haben ein Programm, aber stellen kein Geld bereit. Toll, wie man Nichtstun auch beschreiben kann.

Im Übrigen stellt die Senatsverwaltung auch fest, dass sie keine Ahnung habe, was eigentlich zu tun sei, da "ein Haltestellenkataster noch nicht existiert bzw. systematische Übersichten der Bezirke fehlen". Die Senatsverwaltung hätte eigentlich schon im letzten Jahr eine Überarbeitung des Nahverkehrsplans vorlegen müssen, in dem die nicht barrierefrei ausgebauten Haltestellen hätten aufgeführt sein müssen. Ohne Zweifel eine Aufgabe der Senatsverwaltung.

Auf die Frage, was denn an Ausbau in den nächsten Jahren zu erwarten sei, verweist die Senatsverwaltung vorsorglich einmal mehr auf die Bezirke als Baulastträger. Weil den Bezirken aber das Personal fehle, sei nicht mit einer echten Änderung zu rechnen.

Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg stellt fest: Die Teilhabe der älteren Menschen ist nicht im Blickfeld des Senates. Der Maßnahmenkatalog zu den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik hat viel von einem Potemkinschen Dorf. Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage hat etwas von den Verlautbarungen von Radio Eriwan.

Die Seniorenvertretung fordert die Zurückkehr zu einer soliden Mobilitäts- und Teilhabepolitik für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.

30.06.2025

Für die

Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg

Wolfgang Pohl & Gisela Skrobek-Engel

Co-Vorsitzende

Vorstand@seniorenvertretung-tempelhof-schoeneberg.de

<https://www.seniorenvertretung-tempelhof-schoeneberg.de>